

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.664,00	0	0	0	0	0
3 + Sonstige Transfererträge	4.364,08	92.000	92.000	92.000	92.000	92.000
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.514.694,52	1.513.700	1.522.000	1.547.000	1.572.000	1.572.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	15.611,07	17.100	14.600	14.600	14.600	14.600
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	422.819,91	457.500	508.500	503.500	488.500	483.500
7 + Sonstige ordentliche Erträge	37.303,52	59.000	59.000	59.000	59.000	59.000
10 = Ordentliche Erträge	1.996.457,10	2.139.300	2.196.100	2.216.100	2.226.100	2.221.100
11 - Personalaufwendungen	4.458.921,50	4.423.990	4.919.770	4.969.610	5.024.020	5.048.360
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	675.509,96	719.150	719.580	684.550	682.350	683.850
15 - Transferaufwendungen	1.265.571,94	1.384.520	1.585.520	1.585.520	1.585.520	1.585.520
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	254.759,68	385.020	451.020	448.020	453.020	410.020
17 = Ordentliche Aufwendungen	6.654.763,08	6.912.680	7.675.890	7.687.700	7.744.910	7.727.750
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-4.658.305,98	-4.773.380	-5.479.790	-5.471.600	-5.518.810	-5.506.650
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	658.324,15	693.110	719.610	719.610	719.610	719.610
29 = Ergebnis	-5.316.630,13	-5.466.490	-6.199.400	-6.191.210	-6.238.420	-6.226.260

Taktische Ziele

Weiterentwicklung und Förderung der Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, Familien, ältere und Menschen mit Behinderung durch

- Erarbeitung eines Demografiekonzeptes für strategische Steuerungselemente
- Erweiterung der Beratungen für persönliche und finanzielle Hilfeleistungen (z.B. in Einrichtungen, Mehrgenerationenhaus)

Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten durch

- Fortführung der kommunalen Integrationsaktivitäten, insbesondere durch Umsetzung des Integrationskonzeptes

Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse älterer Menschen, durch

- Sicherstellung einer individuell angepassten Pflege und Versorgung
- Beratung in schwierigen Lebenssituationen vor allem zur Erhaltung, Förderung oder Wiederherstellung von selbstständigem Wohnen und selbstständiger Haushaltsführung

Integration der Siedlungsbereiche Monheim, Baumberg und des Berliner Viertels in eine gesamtstädtische Entwicklung, insbesondere durch

- die Entwicklung von Handlungsoptionen für das Berliner Viertel in Zusammenarbeit mit den Bereichen 51 und 61
- Zukunftswerkstatt

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention "Eine Gesellschaft für alle - NRW inklusiv" auf kommunaler Ebene

- Auswertung des Aktionsplanes der Landesregierung
- Verfahrensvorschlag / Handlungsoptionen (Vorlage für die städtischen Gremien)

Umsetzung der auf Grundlage des Brandschutzbedarfsplanes beschlossenen Maßnahmen

- Planungskonzept für bauliche Maßnahmen an der Feuer- und Rettungswache
- Personalentwicklungskonzept für das haupt- und ehrenamtliche Personal der Feuerwehr

Ausblick auf das Haushaltsjahr 2013

Beratungs- und Unterstützungsangebote für Frauen, Familien, ältere und Menschen mit Behinderungen

Im Jahr 2011 wurde im Rahmen eines verwaltungsinternen, bereichsübergreifenden Projektauftrages mit der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Handlungskonzeptes zur demografischen Entwicklung in der Stadt Monheim am Rhein begonnen. Ziel ist es unter anderem, eine einheitliche Datengrundlage zu erhalten, den sozialen und demografischen Ausgleich zwischen den Quartieren zu schaffen, bereichsübergreifende Handlungsfelder zu definieren sowie eine Vernetzung von Fachplanungen zu erreichen. Vorgesehen ist ferner eine Erweiterung der Beratungen für persönliche und finanzielle Hilfeleistungen, z. B. in öffentlichen Einrichtungen (Seniorentagesstätten, Krankenhaus, stationäre Pflegeeinrichtungen, Mehrgenerationenhaus, etc.).

Die Ehrenamtsbörse nutzt weiterhin alle sich ergebenden Möglichkeiten und Kontakte, Menschen auf der Suche nach einem ehrenamtlichen Engagement und anbietende Vereine, Verbände und Institutionen zusammen zu führen. Um besonderes ehrenamtliches Engagement zu würdigen, wird seit November 2011 die Ehrenamtskarte NRW ausgegeben. Hierfür sollen weitere Vergünstigungen "eingeworben" und die Karten einem noch breiteren, bürgerschaftlich engagierten Personenkreis zugänglich gemacht werden.

Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten

Das Integrationsbüro unterstützt auch im Jahre 2013 den Integrationsausschuss bei der Planung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen wie Werbung und Veranstaltungen. Vorgesehen ist erneut eine Beteiligung am Stadtfest 2013.

Berücksichtigung der Wohnbedürfnisse älterer Menschen

Die in den letzten Jahren erfolgreiche Arbeit des Sozialen Dienstes und der Pflege- und Wohnberatung wird fortgesetzt. Die Beratung und Unterstützung älterer Menschen gewinnt vor allem auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer größere Bedeutung. Die vorhandenen Angebote werden im Vergleich zu den Vorjahren stärker nachgefragt. Auch im Jahr 2013 ist die Teilnahme an der Seniorenmesse vorgesehen.

Die erfolgreiche Demenzarbeit wird weiter fortgesetzt. Weitere Qualifizierungskurse und verschiedene Veranstaltungen werden im laufenden Jahr geplant und angeboten.

Berliner Viertel

Für das Berliner Viertel soll ein integriertes Handlungskonzept erarbeitet werden.

Im Jahr 2012 wurde eine Zukunftswerkstatt mit allen Akteuren organisiert und durchgeführt. Die hierbei erzielten Ergebnisse werden in den Ratsgremien präsentiert.

Durchführung der Bundestagswahl 2013

Auf Grundlage des neuen Bundeswahlgesetzes wird im Jahre 2013 die Bundestagswahl vom Bereich vorbereitet, durchgeführt und nachbereitet. Über einen Zeitraum von vier Monaten muss hierfür ein Stellenanteil von zwei Vollzeitkräften im Bereich eingeplant werden.

Zudem benötigt der Bereich für die Besetzung des Briefwahllokales weitere qualifizierte Beschäftigte aus der gesamten Verwaltung.

Eine fachgerechte Weiterbildung aller Beteiligten ist zwingend erforderlich.

Erstmals wird für alle Wahlvorstände sowie Wahlhelferinnen und Wahlhelfer eine Informationsveranstaltung durchgeführt.

Fortsetzung der Projekte, die im Rahmen der Ordnungspartnerschaften vereinbart wurden

Für das Jahr 2012 wurde eine Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Verwaltung vereinbart, die auch im Jahr 2013 fortgesetzt werden sollte. Zur Optimierung von Einsatzzeiten und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung soll ein Rahmendienstplan erstellt werden.

Die städtischen Außendienstmitarbeiterinnen und Außendienstmitarbeiter werden entsprechend fortgebildet.

Barrierefreie Erreichbarkeit des Bürgerservices

Im Jahr 2013 wird das Jobcenter ME-aktiv die Räumlichkeiten im Erdgeschoss des Alten Rathauses aufgeben. Nach erfolgten Umbaumaßnahmen sollen alle sozialen Dienstleistungen an zentraler Stelle barrierefrei angeboten werden.

Umsetzung der UN-Behindertenkonvention auf kommunaler Ebene

Die Landesregierung hat kurz vor der Sommerpause ihren Aktionsplan vorgelegt. Nun gilt es unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse und bereits realisierter Maßnahmen Verfahrensvorschläge/Handlungsoptionen zur weiteren Umsetzung unter Würdigung des Konnexitätsprinzips zu entwickeln. Die Verwaltung wird hierzu im 1. Halbjahr 2013 in den Ratsgremien berichten.

Brandschutzbedarfsplan

Aus der beschlossenen Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes ergeben sich eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die es umzusetzen gilt. Im Vordergrund stehen die bauliche Ertüchtigung der Feuer- und Rettungswache im Stadtteil Monheim und des Gerätehauses im Stadtteil Baumberg sowie die Personalentwicklung bei den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften der Feuerwehr.

Erläuterungen zu den finanziellen Entwicklungen

Der Gesamtzuschussbedarf erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr von 5.466.490 € um 732.910 € auf insgesamt 6.199.400 €

Ordentliche Erträge

Im Jahr 2013 ergeben sich im Vergleich zum Vorjahr höhere ordentliche Erträge in Höhe von 36.800 €. Dies ist insbesondere auf steigende Erträge bei den Benutzungsgebühren des Rettungsdienstes und einem höheren Ertrag bei dem Landeszuschuss nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz zurückzuführen.

Ordentliche Aufwendungen

Bei den ordentlichen Aufwendungen ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 783.210 €. Die Erhöhung ist zurückzuführen auf Steigerungen bei den Personalaufwendungen (+ 495.780 €), Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+ 430 €), Transferaufwendungen (+ 201.000 €) und sonstigen ordentlichen Aufwendungen (+ 86.000 €).

Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen werden Steigerungen von 4.423.990 € auf 4.919.770 € in Höhe von 495.780 € erwartet. Neben Tarifierpassungen von 2 % sowie Besoldungsanpassungen von 3 % erfolgen höhere Personalaufwendungen durch anstehende Beförderungen verbeamteter Personen und durch die Übernahme von 4 Brandmeisteranwärtern nach Beendigung erfolgreicher Ausbildung. Die Personalaufwendungen steigen darüber hinaus aufgrund der Besetzung neuer Stellen insbesondere im Bereich der Feuerwehr.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Ansätze für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Städtischen Betriebe in Höhe von 26.500 € werden ab 2013 bei den Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen veranschlagt. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verringern sich in gleicher Höhe. Die Instandhaltungsaufwendungen werden durch die Aufgabe des Standorts „Bregenzer Str.“ angepasst. Diesen Minderungen stehen Erhöhungen bei den Aufwendungen für KFZ-Betriebskosten, der Unterhaltung des beweglichen Vermögens sowie der geplanten Erstellung eines „Integrierten Handlungskonzept zur Verbesserung der Sozialstruktur im Berliner Viertel“ (Zukunftswerkstatt) gegenüber.

Transferaufwendungen

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ergeben sich bei den Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz höhere Aufwendungen. Die Zahl der Anspruchsberechtigten ist seit Bekanntwerden des Urteils gestiegen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen

Für das Stadtteilmanagement sind 27.500 € Mehraufwendungen erforderlich. Für die Erstellung des Konzeptes im Sinne einer umfassenden Sozialplanung sind 30.000 €, für die Durchführung der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag 23.000 € zusätzlich vorgesehen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
7 + Sonstige ordentliche Erträge	42,70	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	42,70	0	0	0	0	0
11 - Personalaufwendungen	244.209,65	298.020	176.220	180.920	179.710	183.640
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	263,62	5.000	0	0	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.296,14	43.700	35.000	35.000	35.000	35.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	258.769,41	346.720	211.220	215.920	214.710	218.640
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-258.726,71	-346.720	-211.220	-215.920	-214.710	-218.640
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	93.764,15	128.550	133.550	133.550	133.550	133.550
29 = Ergebnis	-352.490,86	-475.270	-344.770	-349.470	-348.260	-352.190

Produktleistungen

Organisation und Verwaltung des Bereichs Ordnung und Soziales

Zielgruppen

Rat und Ausschüsse
 Verwaltungsvorstand
 Einrichtungen und Abteilungen des Bereiches
 Einwohnerinnen und Einwohner

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen sinken von 298.020 € um 121.800 € auf 176.220 €. Dies ist auf die Reduzierung der Stellenanteile der Bereichsleitung sowie des Büroservice nach Wechsel der Bereichsleitung, sowie auf die Verlagerung der Aufgabe „Stadtteilmanagement“ in ein eigenes Produkt zurückzuführen. Eine beschäftigte Person mit 50 % Stellenanteil ist in den Ruhestand versetzt worden.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen reduzieren sich aufgrund der Verlagerung der Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der städtischen Betriebe.

Für das Stadtteilmanagement wird ab 2013 ein eigenes Produkt 12 „Stadtteilmanagement“ gebildet. Die für das Stadtteilmanagement in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen sonstigen ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 50.000 € für das Jahr 2013 reduzieren zunächst die sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen werden ab 2013 in Höhe von 25.000 € geplant. Höhere Fortbildungskosten zur Einarbeitung neuen Personals sowie der erstmalig eingestellten Aufwendungen für Broschüren für Angebote des Bereiches sind dort veranschlagt. Es ist für 2013 geplant, die Öffentlichkeitsarbeit im Bereich mit professioneller Unterstützung zu verbessern. Unter anderem soll die Neubürgerbroschüre neu aufgelegt werden.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 00 Bereichsinterner Overhead



Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Bereichsinterner Overhead				
Vollzeitstellen des Bereichs insgesamt	Anz.	78,93	83,01	90,15
Vollzeitstellen	Anz.	3,52	4,54	2,56

Erläuterungen zu den Leistungen

Im Produkt Bereichsinterner Overhead erfolgt die Organisation und Verwaltung des Bereiches Ordnung und Soziales.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Bereichsinterner Overhead				
Fortbildungsaufwendungen des Bereichs insgesamt	€	13.500	11.700	13.000
Aufwendungen zur Einrichtung der Zukunftswerkstatt "Berliner Viertel"	€	0	20.000	0

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	334.165,48	336.000	336.000	336.000	336.000	336.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.555,00	0	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	637,56	0	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	642,90	1.000	1.000	1.000	1.000	1.000
10 = Ordentliche Erträge	338.000,94	337.000	337.000	337.000	337.000	337.000
11 - Personalaufwendungen	337.116,86	387.070	403.540	398.260	416.980	415.280
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	239.203,73	262.400	260.900	260.900	260.900	260.900
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.886,85	10.800	10.800	10.800	10.800	10.800
17 = Ordentliche Aufwendungen	581.207,44	660.270	675.240	669.960	688.680	686.980
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-243.206,50	-323.270	-338.240	-332.960	-351.680	-349.980
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	50.660,00	50.660	52.160	52.160	52.160	52.160
29 = Ergebnis	-293.866,50	-373.930	-390.400	-385.120	-403.840	-402.140

Produktleistungen

Bearbeiten aller Melde-, Ausweis- und Pass-,
 Führerscheingelegenheiten sowie Fundangelegenheiten
 Beantragung von Führungszeugnissen

Fortsetzung Produktleistungen

Fischereischeine
 Ausländerangelegenheiten
 Befreiung von GEZ-Gebühren
 Wehrerfassung

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Natürliche und juristische Personen
 Kreis Mettmann
 Alle übrigen Bereiche

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen steigen von 387.070 € um 16.470 € auf 403.540 €. Im Jahr 2012 wurde eine zusätzliche Stelle eingerichtet, da eine Vakanz aufgrund einer Ruhephase der Altersteilzeit nicht durch vorhandenes Personal aufgefangen werden konnte. Die geringe Steigerung der Personalaufwendungen ist in einem Mitarbeiterwechsel mit gleichzeitigen Veränderungen von Besoldung zu einer Entgeltgruppe begründet. Der voraussichtliche Zuschussbedarf bei den sonstigen ordentlichen Erträgen sowie bei den ordentlichen Aufwendungen (ohne Personalaufwendungen) stellt sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert dar.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Bürgerbüro				
Einwohnerinnen und Einwohner	Anz.	42.161	42.120	42.120
An-, Ab- und Ummeldungen	Anz.	6.072	6.000	6.000
Schriftliche Melderegisterauskünfte	Anz.	9.575	9.480	9.480
Ausstellen von Lohnsteuerkarten	Anz.	0	0	0
Ausstellen von Personalausweisen	Anz.	5.122	5.160	5.160
Ausstellen von Reisepässen	Anz.	1.720	1.680	1.680
Ausstellen von Kinderausweisen	Anz.	434	425	425
Bearbeitung von Führungszeugnisanträgen	Anz.	1.656	1.620	1.620
Vollzeitstellen	Anz.	7,27	7,82	8,59

Erläuterungen zu den Leistungen

Das Bürgerbüro ist für Personaldokumente, Führungszeugnisse, Führerscheine, Meldeangelegenheiten, Fischereischeine und vieles mehr die zentrale Servicestelle im Rathaus.
 Zudem können dort Einzahlungen städtischer Gebühren vorgenommen, Müllsäcke erworben sowie Hunde an- und abgemeldet werden.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Bürgerbüro				
Erträge aus Verwaltungsgebühren für Ausweise, Führerscheine, etc.	€	334.165	336.000	336.000
Anteilige Erstattungen an Bund und Gemeinden	€	237.738	260.900	260.900

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	5.468,07	0	0	0	0	0
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	786,37	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1.200,73	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	7.455,17	2.600	2.600	2.600	2.600	2.600
11 - Personalaufwendungen	291.654,13	280.540	304.990	274.870	297.730	263.760
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.953,72	5.850	1.050	1.050	1.050	1.050
15 - Transferaufwendungen	65.955,21	62.920	60.060	60.060	60.060	60.060
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	63.633,52	55.040	71.840	61.840	61.840	61.840
17 = Ordentliche Aufwendungen	425.196,58	404.350	437.940	397.820	420.680	386.710
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-417.741,41	-401.750	-435.340	-395.220	-418.080	-384.110
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	34.640,00	34.640	34.640	34.640	34.640	34.640
29 = Ergebnis	-452.381,41	-436.390	-469.980	-429.860	-452.720	-418.750

Produktleistungen

Dienstleistungen und Informationen für Einwohnerinnen und Einwohner in Angelegenheiten
- der Rentenversicherung
- der Behindertenkoordination
- der Pflege- und Wohnberatung

Fortsetzung Produktleistungen

- des Sozialen Dienstes
- des Ehrenamtlichen Engagements
- der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte
- der demografischen Entwicklung
- älterer Menschen sowie des Seniorinnen- und Seniorenbeirates und des Seniorenbüros

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
Organisationen und Vereine
Menschen mit Behinderung und Pflegebedürftige sowie deren Angehörige
Fachkräfte im Bereich der sozialen Arbeit sowie der Vereine und Organisationen, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzen, Menschen mit Migrationsgeschichte
Rat und Ausschüsse

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen erhöhen sich von 280.540 € um 24.450 € auf 304.990 €. Ab 01.01.2013 werden zusätzliche Personalressourcen für die Aufgabe „Integration“ zur Verfügung gestellt.
Zur Erstellung des Konzeptes zur Sozialplanung sind in 2013 bei den sonstigen ordentlichen Dienstleistungen 10.000 € vorgesehen. Gleichzeitig erfolgt eine Verlagerung eines Ansatzes in Höhe von 4.800 € von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.
Der Ansatz bei den Transferaufwendungen reduziert sich um 2.860 €, da der Zuschuss für den DLRG Ortsverein Monheim am Rhein e.V. organisatorisch dem Produkt 05 „Ordnungsangelegenheiten“ zugeordnet wird.
Für die Arbeit eines ehrenamtlichen Beauftragten für die Belange behinderter Menschen werden ab 2013 jährlich 2.000 € zur Verfügung gestellt. Dieser Betrag erhöht den Ansatz bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Hilfen für Behinderte und Pflegebedürftige				
Anträge nach dem Schwerbehindertengesetz	Anz.	1.331	960	960
Vollzeitstellen	Anz.	0,74	0,70	0,70
Integration, Demografie und Ehrenamt				
Ausgegebene Ehrenamtskarten	Anz.	41	12	24
Anzahl der Sitzungen des Integrationsausschusses	Anz.	4	5	3
Anzahl von Veranstaltungen mit Beteiligung/Durchführung durch das Integrationsbüro	Anz.	6	6	12
Vollzeitstellen	Anz.	0,93	0,78	1,00
Leistungen für ältere Menschen				
Vollzeitstellen	Anz.	0,62	0,60	0,60
Pflege- und Wohnberatung				
Vollzeitstellen	Anz.	0,40	0,40	0,40
Rentenversicherungsangelegenheiten				
Rentanträge	Anz.	355	390	390
Kontenklärungen über Rentenversicherungszeiten	Anz.	297	240	240
Vollzeitstellen	Anz.	1,09	1,08	1,08
Sozialer Dienst				
Pflege- und Wohnberatung	Anz.	0	0	180
Betreuung bei gesetzlichen Betreuungsangelegenheiten	Anz.	0	0	72
Unterstützung im Umgang mit Behörden	Anz.	0	0	180
Hilfe in schwierigen Lebenssituationen	Anz.	0	1.200	180
Demenzberatung	Anz.	0	480	120
Vollzeitstellen	Anz.	1,06	1,05	1,05

Erläuterungen zu den Leistungen

Der allgemeine Bürgerservice unterstützt bei Rentenanträgen, Anträgen auf Ausstellung und Verlängerung von Schwerbehindertenausweisen sowie ältere und Menschen mit Behinderung.

Der Soziale Dienst bietet eine umfassende Beratung und Hilfe in schwierigen Lebenssituationen an, z. B. bei der Unterstützung im Umgang mit anderen Behörden, im Bereich der Pflege, zur Wohnsituation, in Betreuungsangelegenheiten oder bei einer anstehenden Heimunterbringung. Ziel ist es, in gemeinsamen Gesprächen Lösungswege zu entwickeln.

Gemeinsam mit dem Arbeitskreis „Demenznetz Monheim am Rhein“ erfolgt durch Veranstaltungen und Seminare eine intensive Aufklärung über die Krankheit, ebenso werden Außensprechstunden angeboten.

Für das Jahr 2013 wurden erstmals neue Kennzahlen für den Sozialen Dienst entwickelt. Ziel ist es, hiermit unter der Überschrift „Sozialer Dienst“ die Schwerpunkte in der täglichen Arbeit transparenter darzustellen.

Die Ehrenamtsbörse nutzt alle sich bietenden Kontakte, um engagierte Personen auf die Möglichkeiten ehrenamtlicher Mitwirkung in Vereinen, Verbänden und Organisationen aufmerksam zu machen. Ein Schwerpunkt bei allen Aktivitäten ist die Aktivierung von jungen Menschen mit Migrationsgeschichte für ehrenamtliches Engagement.

Das Integrationsbüro hat seine Vernetzung mit lokalen Anbietern von Beratungsdienstleistungen weiter ausgebaut, so z. B. mit dem beratungsCentrum, dem Caritasverband für den Kreis Mettmann, dem Stadtteilmanagement und der Volkshochschule. Ziel ist es, junge Menschen -insbesondere mit Migrationsgeschichte- in der Phase des Überganges Schule - Beruf beratend zu begleiten. In einem gemeinsamen Projekt mit der Stadt Hilden wurden und werden nicht nur junge Menschen auf Pflegeberufe aufmerksam, sondern auch Einrichtungen und Pflegedienste mit den Herausforderungen einer kultursensiblen Altenhilfe vertraut gemacht. Die Aktivitäten werden im Jahre 2013 unter Einbeziehung vieler Mitwirkender fortgesetzt.

Im Jahr 2013 erfolgt die Erstellung eines Konzeptes im Sinne einer umfassenden Sozialplanung, in welchem u.a. die Handlungsfelder Inklusion, Integration, die Teilhabe Behinderter, gerechter Zugang zu Bildung und Demografiewandel aufbereitet werden.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 02 Allgemeiner Bürgerservice



Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Leistungen für ältere Menschen				
AWO Betriebskostenzuschuss	€	63.035	60.000	60.000
Miete AWO Gertrud-Borkott-Haus	€	30.203	30.200	30.200
Rentenversicherungsangelegenheiten				
Rentanträge je Vollzeitstelle	Anz.	325,19	361,11	361,11

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	24.725,45	20.000	20.000	20.000	20.000	20.000
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	2.260,00	2.000	2.000	2.000	2.000	2.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	1,24	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	26.986,69	22.000	22.000	22.000	22.000	22.000
11 - Personalaufwendungen	119.821,62	115.570	127.740	130.180	132.030	133.930
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	3.891,66	4.100	4.100	4.100	4.100	4.100
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	391,39	760	760	760	760	760
17 = Ordentliche Aufwendungen	124.104,67	120.430	132.600	135.040	136.890	138.790
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-97.117,98	-98.430	-110.600	-113.040	-114.890	-116.790
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	17.390,00	17.390	17.390	17.390	17.390	17.390
29 = Ergebnis	-114.507,98	-115.820	-127.990	-130.430	-132.280	-134.180

Produktleistungen

Alle Angelegenheiten bezogen auf das Personenstandswesen sowie Überprüfung und Weiterleitung von Anträgen an die zuständigen Stellen

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
Antragstellerinnen und Antragsteller
Öffentliche und private Einrichtungen
Kreis Mettmann
Andere Standesämter

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen steigen von 115.570 € um 12.170 € auf 127.740 €. Ab 2013 werden zusätzliche Personalressourcen für Trauungen bereitgestellt.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Standesamtswesen				
Beurkunden von Sterbefällen	Anz.	317	300	521
Anmeldungen zur Eheschließung	Anz.	173	175	158
Eheschließungen	Anz.	123	144	158
- davon im Rathaus	Anz.	79	87	98
- davon im Schelmenturm	Anz.	26	29	31
- davon in der Marienburg	Anz.	18	28	29
Vollzeitstellen	Anz.	2,07	2,05	2,20

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Beurkundung von Geburten und Sterbefällen, Eheschließungen sowie Namensänderungen sind wesentliche Aufgaben des Standesamtes. Eheschließungen werden im Rathaus, im Schelmenturm sowie in der Marienburg angeboten, in den Monaten April bis Oktober auch an Samstagen.

Die Prognose für das Jahr 2013 beruht auf den Ergebnissen des Jahres 2012.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Standesamtswesen				
Erträge aus Verwaltungsgebühren für Registerauskünfte und Eheschließungen	€	24.725	20.000	20.000

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	20.000	25.000	20.000	5.000	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	12,54	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	12,54	20.000	25.000	20.000	5.000	0
11 - Personalaufwendungen	51.392,10	49.120	53.120	54.660	55.120	56.380
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.017,77	2.500	0	0	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	664,45	22.000	25.000	40.000	45.000	2.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	72.074,32	73.620	78.120	94.660	100.120	58.380
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-72.061,78	-53.620	-53.120	-74.660	-95.120	-58.380
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	4.420,00	4.420	6.920	6.920	6.920	6.920
29 = Ergebnis	-76.481,78	-58.040	-60.040	-81.580	-102.040	-65.300

Produktleistungen

Vorbereitung, Durchführung und Nachbearbeitung von
- Wahlen
- Bürgerentscheiden und -begehren

Zielgruppen

Wahlberechtigte
Parteien und Wählergruppen
Beteiligte Behörden

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen steigen aufgrund von Beförderungen zweier Mitglieder des Wahlteams.
Für die Durchführung der Wahl zum 18. Deutschen Bundestag werden sonstige ordentliche Aufwendungen in Höhe von 25.000 € benötigt. Der voraussichtliche Ertrag aus Kostenerstattung ist mit ebenfalls 25.000 € veranschlagt.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 04 Wahlen



Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Wahlen				
Wahlberechtigte Bundestagswahl 2013	Pers.	0	0	30.500
Wähler Bundestagswahl 2013	Pers.	0	0	20.000
Vollzeitstellen	Anz.	0,81	0,79	0,79

Erläuterungen zu den Leistungen

Im September 2013 findet die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag statt.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Wahlen				
Wahlbeteiligung Bundestagswahl 2013	%	0,00	0,00	65,57

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	26.904,25	42.300	28.300	28.300	28.300	28.300
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.952,78	6.500	7.000	7.000	7.000	7.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	29.900,35	58.000	58.000	58.000	58.000	58.000
10 = Ordentliche Erträge	63.757,38	106.800	93.300	93.300	93.300	93.300
11 - Personalaufwendungen	436.855,83	504.750	587.710	611.010	634.660	638.900
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	66.216,60	90.800	90.300	81.800	78.800	78.800
15 - Transferaufwendungen	0,00	300	3.160	3.160	3.160	3.160
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.078,05	5.300	6.300	6.300	6.300	6.300
17 = Ordentliche Aufwendungen	506.150,48	601.150	687.470	702.270	722.920	727.160
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-442.393,10	-494.350	-594.170	-608.970	-629.620	-633.860
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	40.390,00	40.390	50.390	50.390	50.390	50.390
29 = Ergebnis	-482.783,10	-534.740	-644.560	-659.360	-680.010	-684.250

Produktleistungen

Beseitigung von ordnungswidrigen Zuständen
 Bußgeldverfahren
 Zwangsmaßnahmen
 Erteilung und Versagung von Erlaubnissen

Fortsetzung Produktleistungen

Sicherstellung eines geordneten Zusammenlebens im Stadtgebiet von Monheim am Rhein zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung
 Schaffung von Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Straßenraum
 Erreichung verkehrserziehender Effekte in Gebieten mit hoher Anzahl von Verstößen.

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Natürliche und juristische Personen
 Antragstellende Personen
 Auswärtige Personen
 Andere Bereiche der Verwaltung
 Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen erhöhen sich von 504.750 € um 82.960 € auf 587.710 € durch die Besetzung einer neuen Halbtagsstelle im Sachgebiet Gewerbeangelegenheiten. Zudem wird eine zuvor von einem Beschäftigten durchgeführte Tätigkeit von einem Beamten ausgeführt. Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte können durch die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie vor allem bei Erlaubnissen für Gaststättenbetriebe nur in geringerer Höhe realisiert werden. Durch die Einbeziehung der Straße „Alte Schulstraße“ in die Marktfläche des Gänselieselmarktes stehen mehr Standmeter zur Verfügung. Das führt zu einer Steigerung bei den Leistungsentgelten. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sinken geringfügig. Der Minderung in Höhe von 10.000 € für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Städtischen Betriebe stehen ein Anstieg der Aufwendungen für Kosten von Bestattungen sowie Kfz-Betriebskosten gegenüber. Bei den Transferaufwendungen erfolgt eine Steigerung durch die Verschiebung des Zuschusses an den DLRG Ortsverein Monheim am Rhein e.V. vom Produkt 02 „Allgemeiner Bürgerservice“. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich aufgrund der Anschaffung neuer Dienst- und Schutzkleidung und auf Ersatzbeschaffungen.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Allgemeine Eingriffe der Ordnungsbehörde				
Koordination von Großveranstaltungen	Anz.	0	10	10
Durchführung von Zwangseinweisungen	Anz.	41	36	36
Meldungen Rattenbefall	Anz.	0	180	180
Durchführung von Bestattungen	Anz.	9	12	7
- davon Ersatzvornahme ohne Kostenerstattung	Anz.	6	6	3
- davon Ersatzvornahme mit Kostenerstattung	Anz.	3	6	4
Vollzeitstellen	Anz.	4,16	3,93	4,81
Außendienst Ordnungsbüro und Ruhender Verkehr/Innendienst				
Kontrollstunden allgemeine Ordnungsangelegenheiten	Anz.	1.027	1.700	5.400
Kontrollstunden Ruhender Verkehr	Anz.	1.390	2.700	4.200
Gemeinsame Aktionen im Rahmen der Ordnungspartnerschaft mit Kreispolizeibehörde	Anz.	0	10	36
Gebührenpflichtige Verwarnungen	Anz.	1.853	1.980	4.200
Bußgeld- und Kostenbescheide	Anz.	686	1.200	1.260
Behinderten-Parkausweise und Ausnahmegenehmigung	Anz.	185	180	180
Vollzeitstellen	Anz.	2,54	4,15	3,33
Gewerbeangelegenheiten				
Angemeldete Betriebe und Gaststätten	Anz.	2.506	2.500	2.500
Gewerbebeanmeldungen	Anz.	412	420	420
Gewerbeummeldungen	Anz.	189	180	180
Gewerbeabmeldungen	Anz.	405	366	396
Gewerberegisterauskünfte	Anz.	921	840	840
Festgesetzte Bußgelder Gewerbeverstöße	Anz.	0	12	12
Gaststättenerlaubnisse (dauerhafte Konzessionen)	Anz.	17	24	24
Vorübergehende Gestattungen nach Gaststättengesetz	Anz.	0	70	70
Anmeldungen Gänselieselmarkt	Anz.	0	240	240
Vollzeitstellen	Anz.	1,30	1,30	1,30
Zivil und Katastrophenschutz				
Vollzeitstellen	Anz.	0,48	0,48	0,48

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Aufgaben der Ordnungsbehörde bestehen in erster Linie in der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Das Handeln der Ordnungsbehörde bedarf stets einer gesetzlichen Ermächtigung, auf deren Grundlage Ordnungsverfügungen erlassen werden. Ordnungsverfügungen sind auch durch spezialgesetzliche Regelungen möglich. Hierzu gehören u.a. die Zwangseinweisungen nach dem Gesetz über psychisch Kranke.

Die Durchführung von Bestattungen ist im Bestattungsgesetz NRW geregelt. Diese erfolgen immer dann, wenn bestattungspflichtige Angehörige nicht ihrer gesetzlichen Bestattungspflicht nachkommen oder keine Bestattungspflicht besteht.

Zu den Aufgaben des ordnungsbehördlichen Außendienstes gehören im Wesentlichen die Überwachung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Verkehrsflächen und Anlagen im Stadtgebiet auf der Grundlage der in Monheim am Rhein bestehenden ordnungsbehördlichen Verordnung oder sonstiger Rechtsvorschriften. Die Überwachung des Ruhenden Verkehrs sowie die Teilnahme an Sondereinsätzen im Rahmen der Ordnungspartnerschaften mit der Polizei sind weitere Schwerpunkte.

Bei den Gewerbeangelegenheiten werden im Wesentlichen Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen bearbeitet. Darüber hinaus sind die Erteilung oder der Widerruf von Gaststätten-, Spielhallen-, den Bewachererlaubnissen und den Erlaubnissen im Rahmen der Aufstellung von Spielgeräten. Marktfestsetzungen (Jahrmarkt, Trödelmarkt etc.) und die Erteilung von Reisegewerbekarten sind weitere Handlungsfelder. Auch der jährliche Gänselieselmarktes wird organisiert und durchgeführt.

Der Zivil- und Katastrophenschutz umfasst die Vorbereitung von Maßnahmen für außergewöhnliche Ereignisse wie z.B. Vogelgrippe, Schweinepest, sonstige Seuchengefahren und Schutz der Bevölkerung bei Räumung von Kriegsmunition.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 05 Ordnungsangelegenheiten



Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Allgemeine Eingriffe der Ordnungsbehörde				
Aufwendungen für die Beseitigung ordnungswidriger Zustände	€	49.721	35.000	41.000
Außendienst Ordnungsbüro und Ruhender Verkehr/Innendienst				
Erträge aus Verwargeldern ruhender Verkehr	€	29.900	58.000	58.000
Gewerbeangelegenheiten				
Erträge aus Gebühren für Gewerbe- und Ordnungsangelegenheiten	€	26.904	42.300	28.300
Erträge aus Standgebühren für den Gänselieselmarkt	€	6.953	6.500	7.000
Zivil und Katastrophenschutz				
Aufwendungen für Katastrophenschutz, Sicherheitskonzepte	€	2.811	27.500	27.500

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	150.451,99	168.700	166.700	166.700	166.700	166.700
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00	3.000	0	0	0	0
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	184,00	0	0	0	0	0
7 + Sonstige ordentliche Erträge	39,09	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	150.675,08	171.700	166.700	166.700	166.700	166.700
11 - Personalaufwendungen	127.254,36	114.290	212.580	217.840	230.290	223.800
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.759,04	72.600	65.100	65.100	65.100	65.100
15 - Transferaufwendungen	29.194,48	36.300	41.300	41.300	41.300	41.300
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	30.304,77	49.120	55.020	55.020	55.020	55.020
17 = Ordentliche Aufwendungen	213.512,65	272.310	374.000	379.260	391.710	385.220
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-62.837,57	-100.610	-207.300	-212.560	-225.010	-218.520
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	174.570,00	174.570	182.070	182.070	182.070	182.070
29 = Ergebnis	-237.407,57	-275.180	-389.370	-394.630	-407.080	-400.590

Produktleistungen

Bereitstellung von Wohnraum und Betreuung im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes:
- schnelle Klärung des Spätaussiedlerstatus und Gewährung von Eingliederungshilfen zwecks Erleichterung und Beschleunigung der Integration dieser Bevölkerungsgruppe
- Zügige Vermittlung in eine reguläre Mietwohnung.

Zielgruppen

Spätaussiedler und Vertriebene
Bewohner/-innen der Obdachlosenunterkünfte
ausländische Flüchtlinge

Fortsetzung Produktleistungen

- Sicherstellung von Grundleistungen des täglichen Bedarfs und der Gesundheitsvorsorge
- Versorgung von wohnungslosen Personen mit Wohnraum in städtischen Unterkünften
- Stärkung des präventiven Ansatzes

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen erhöhen sich von 114.290 € um 98.290 € auf 212.580 € aufgrund der Bereitstellung einer neuen Hausmeisterstelle mit 34 Std. sowie der Verlagerung von Personalressourcen vom Produkt 05 – Ordnungsangelegenheiten.
Die Erträge sinken im Vergleich zu den Vorjahren, da mit keiner Zuweisung von Spätaussiedlern zu rechnen ist. Bisher wurden Ansätze für diese Gruppe zureisender Personen gebildet. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen verringern sich um den gleichen Betrag, um den sich die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der städtischen Betriebe erhöhen. Die Transferaufwendungen steigen um 5.000 €. Der beratungs-Centrum e.V. stellt eine Schuldnerberatung der in den Unterkünften untergebrachten Personen sicher. Im Jahr 2012 war dieser Ansatz im Produkt 07 „Allgemeine Sozialhilfe“ geplant

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Verwaltung der Unterkünfte für Obdachlose, Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler				
Unterkünfte insgesamt	Anz.	0	8	7
Zur Verfügung stehende Plätze in Unterkünften gesamt	Anz.	0	240	198
Tatsächlich belegbare Plätze	Anz.	0	190	148
Belegung durch Obdachlose	Anz.	61	85	61
Belegung durch Flüchtlinge und Asylbewerber	Anz.	54	91	112
Belegung durch Aussiedler	Anz.	0	0	0
Vollzeitstellen	Anz.	2,78	2,20	4,07

Erläuterungen zu den Leistungen

Bereitstellung von Wohnraum und Betreuung für Spätaussiedler und Vertriebene, ausländische Flüchtlinge sowie obdachlose Personen.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Verwaltung der Unterkünfte für Obdachlose, Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler				
Erträge aus Benutzungsgebühren der Wohnheime	€	148.076	166.700	166.700
Zuschuss an SKFM für Beratung und Sozialarbeit (Flüchtlinge, Asylbewerber)	€	18.000	19.000	18.000
Zuschuss an SKFM für Betreuung Obdachlose	€	28.226	11.300	36.300
Aufwendungen für angemieteten Wohnraum für Obdachlose, Flüchtlinge, Asylbewerber und Aussiedler	€	24.693	47.620	53.520

Erläuterungen zu den Finanz- und Leistungskennzahlen

Der SKFM erhält einen Zuschuss für die Betreuung von Obdachlosen in Höhe von 11.300 €. Zusätzlich werden dem SKFM für die Umsetzung des Konzeptes "Obdachlosigkeit verhindern - Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen in den Notunterkünften der Stadt Monheim" im Haushalt 2013 25.000 € zur Verfügung gestellt.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	-500,00	3.000	3.000	3.000	3.000	3.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	84.041,00	85.000	110.000	110.000	110.000	110.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	5.112,92	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	88.653,92	88.000	113.000	113.000	113.000	113.000
11 - Personalaufwendungen	262.575,72	295.690	295.360	305.130	315.490	319.360
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	250	250	250	250	250
15 - Transferaufwendungen	402.072,17	430.000	625.000	625.000	625.000	625.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	834,87	4.000	4.000	4.000	4.000	4.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	665.482,76	729.940	924.610	934.380	944.740	948.610
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-576.828,84	-641.940	-811.610	-821.380	-831.740	-835.610
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	19.290,00	19.290	19.290	19.290	19.290	19.290
29 = Ergebnis	-596.118,84	-661.230	-830.900	-840.670	-851.030	-854.900

Produktleistungen

Sicherung des Lebensunterhaltes und Sozialplanung mit dem Ziel der unabhängigen Lebensführung durch fachliche und sozialkompetente Beratung und Aufklärung
Gewährung von Leistungen gemäß Sozialgesetzbuch XII. Teil (SGB XII)

Zielgruppen

Personen mit den Ansprüchen nach dem SGB XII
von Obdachlosigkeit bedrohte Personen
ausländische Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und -bewerber
einbürgerungsbegehrende Personen

Fortsetzung Produktleistungen

Sicherung des Lebensunterhaltes für ausländische Flüchtlinge und asylbegehrende Personen
Enge Zusammenarbeit mit Trägern der freien Wohlfahrtspflege
Einbürgerungen

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen sind nahezu unverändert.

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen wird ein höherer Ertrag aufgrund des Landeszuschusses nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz erwartet.

Die Transferaufwendungen erhöhen sich auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 18. Juli 2012 sowie aufgrund der gestiegenen Fallzahlen nach Bekanntwerden dieses Urteils.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Allgemeine Sozialhilfe (Leistungen gemäß SGB XII)				
Fälle gesamt	Anz.	833	966	1.034
Leistungsberechtigte von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	Anz.	475	476	497
Leistungsberechtigte von Hilfe zum Lebensunterhalt	Anz.	125	137	148
Bewilligte Anträge nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz	Anz.	233	353	380
Fallzahlen nach dem AsylbLG	Anz.	0	57	64
Anspruchsberechtigte nach dem AsylbLG (Pausch. Erstattung)	Anz.	34	33	35
Anspruchsberechtigte nach dem AsylbLG (Ohne Erstattung)	Anz.	59	68	79
Einbürgerung Beratung	Anz.	343	299	299
Einbürgerungsanträge	Anz.	89	87	87
Vollzeitstellen AsylbLG	Anz.	3,45	0,55	0,55
Vollzeitstellen SGB XII und BuT	Anz.	1,57	3,96	3,65
Wohnraumsicherung				
Räumungsklagen	Anz.	77	70	70
Anstehende Zwangsräumungen	Anz.	87	64	64
- davon Zwangsräumungen verhindert	Anz.	40	32	32
Vollzeitstellen	Anz.	0,87	1,22	1,12

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Planwerte für 2013 basieren auf den Ergebnissen des Vorjahres.

Erstmals wurden die Fallzahlen bei Bewilligungen von Bestattungskosten sowie die Anzahl der Anträge für Heimaufnahmen und Eingliederungshilfen in den Haushaltsplan aufgenommen.

Zusätzlich wird die Zahl tatsächlicher Einbürgerungen genannt. Sie ist nicht identisch mit der Zahl der Einbürgerungsanträge, da, je nach Herkunftsland, der Zeitraum zwischen Beantragung und Einbürgerung 6 bis 18 Monate betragen kann.

Leistungsdaten zur Unterhaltsprüfung der Neufälle nach dem SGB XII sowie die daraus resultierenden Heranziehungsfälle werden erstmals genannt.

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 18. Juli 2012 festgestellt, dass die seit dem 1. November 1993 bundesgesetzlichen Regelungen zu der Höhe der Grundleistungen in Form von Geldleistungen nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) mit dem Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Artikel 20 Absatz 1 GG unvereinbar sind und die Höhe dieser Geldleistungen evident unzureichend ist.

Nach Bekanntwerden dieses Urteils ist die Zahl der Anspruchsberechtigten nach dem AsylbLG gestiegen.

Die Erhöhung der Personenzahl resultiert größtenteils aus der Rückkehr von ehemals ausgewiesenen Personen aus Mazedonien und Serbien, die nach Wegfall der Visumpflicht in ihrem Heimatland als Besucher einreisen und hier einen Asylfolgeantrag stellen. Dieser Personenkreis wird der Stadt zugewiesen, in der sie während der Dauer des ersten Asylverfahrens gelebt haben.

Anspruchsberechtigt auf Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind Personen mit regulärer oder ohne Altersrente oder dauerhaft voll Erwerbsgeminderte mit gewöhnlichem Aufenthalt in Monheim am Rhein, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht aus Einkommen und Vermögen sicherstellen können.

Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten Personen mit vorgezogener Altersrente oder vorübergehender Erwerbsminderung (weniger als drei Stunden täglich erwerbsfähig), wenn sie nicht mit einer erwerbsfähigen Person eine Bedarfsgemeinschaft bilden. Weitere Leistungen sind Pflegeleistungen an Personen mit eigenem Hausstand (ambulante Pflege), Zahlungen für Haushaltshilfen oder Krankenhilfe.

Einen rechtlichen Anspruch auf Leistungen des Bildungs- und Teilhabepaketes haben alle Leistungsberechtigten nach dem Wohngeldgesetz, Bundeskindergeldgesetz, dem Sozialgesetzbuch XII. Teil und dem Asylbewerberleistungsgesetz. Anspruchsberechtigte nach dem Sozialgesetzbuch II. Teil müssen ihre Anträge im Jobcenter stellen.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 07 Allgemeine Sozialhilfe



Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Allgemeine Sozialhilfe (Leistungen gemäß SGB XII)				
Zuschuss vom Land für Asylbewerber	€	84.041	85.000	110.000
Zuschuss an Schuldnerberatung	€	20.000	25.000	20.000
Zuschuss an Sozialberatung	€	5.000	5.000	5.000
Aufwendungen für Asylbewerberleistungen	€	243.894	400.000	600.000
Grundsicherungsquote	%	1,13	1,13	1,18
Wohnraumsicherung				
Quote nicht durchgeführter Zwangsräumungen	%	45,98	50,00	50,00

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	1.500	800	800	800	800
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	3.556,92	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	3.556,92	1.500	800	800	800	800
11 - Personalaufwendungen	130.337,29	161.600	157.570	161.770	166.670	169.390
17 = Ordentliche Aufwendungen	130.337,29	161.600	157.570	161.770	166.670	169.390
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-126.780,37	-160.100	-156.770	-160.970	-165.870	-168.590
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	16.110,00	16.110	16.110	16.110	16.110	16.110
29 = Ergebnis	-142.890,37	-176.210	-172.880	-177.080	-181.980	-184.700

Produktleistungen

Gewährung von Wohngeld als Mietzuschuss für angemieteten Wohnraum und Lastenzuschuss für Eigentum

Zielgruppen

Mieterinnen und Mieter sowie Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohnraum im Sinne des Wohngeldgesetzes

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen verringern sich aufgrund der Verlagerung von Stellenanteilen sowie eines Personalwechsels von 161.600 € um 4.030 € auf 157.570 €.

Die öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte wurden unter Berücksichtigung des zu erwartenden Ertrages angepasst. Der voraussichtliche Zuschussbedarf stellt sich im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert dar.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Wohngeld				
Bearbeitungsfälle	Anz.	1.031	1.046	1.029
Berechnung Mietzuschuß	Anz.	964	960	952
Berechnung Lastenzuschuß	Anz.	60	74	65
Rückforderungen	Anz.	7	12	12
Wohnberechtigungsscheine	Anz.	0	230	230
Vollzeitstellen	Anz.	2,28	2,76	2,81

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Planwerte für 2013 wurden entsprechend der Ergebnisse in 2012 angepasst. Die Zahl der Wohngeldberechtigten ist durch den Anstieg von Erwerbstätigen mit ausreichendem Einkommen gesunken.

Die Bewilligung des Wohngeldanspruchs und Auszahlung erfolgt nach Vorliegen aller Unterlagen innerhalb eines Zeitraums von maximal vier Wochen.

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1.664,00	0	0	0	0	0
3 + Sonstige Transfererträge	4.364,08	92.000	92.000	92.000	92.000	92.000
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	337.229,75	350.000	350.000	350.000	350.000	350.000
10 = Ordentliche Erträge	343.257,83	442.000	442.000	442.000	442.000	442.000
11 - Personalaufwendungen	132.368,74	152.440	123.640	126.490	130.210	131.980
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	34.593,84	45.000	45.000	45.000	45.000	45.000
15 - Transferaufwendungen	665.108,32	730.000	730.000	730.000	730.000	730.000
17 = Ordentliche Aufwendungen	832.070,90	927.440	898.640	901.490	905.210	906.980
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-488.813,07	-485.440	-456.640	-459.490	-463.210	-464.980
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	7.590,00	7.590	7.590	7.590	7.590	7.590
29 = Ergebnis	-496.403,07	-493.030	-464.230	-467.080	-470.800	-472.570

Produktleistungen

Finanzielle Unterstützung von unterhaltsberechtigten Kindern alleinstehender Mütter und Väter und Reduzierung der Sozialleistungen gem. SGB XII durch:
- Sicherung des Mindestunterhaltsbedarfes gemäß dem Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG).

Fortsetzung Produktleistungen

- Sicherung des Unterhaltsbedarfes nichtehelicher Kinder, Kindern aus getrennt lebender und geschiedener Ehen
- Sicherung des Unterhaltsbedarfes von erwerbsunfähigen Personen und Personen über 65 Jahren
- Überprüfung und Feststellung der Unterhaltsfähigkeit und Heranziehung von Unterhaltspflichtigen gemäß UVG und SGB XII

Zielgruppen

Kinder alleinstehender Mütter und Väter
unterhaltsberechtignte Personen
unterhaltspflichtige Personen

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen sinken im Vergleich zum Vorjahr von 152.440 € um 28.800 € auf 123.640 €. Eine beschäftigte Person mit 50 % Stellenanteil in diesem Produkt ist in 2012 in den Ruhestand versetzt worden.
Darüber hinaus stellt sich der voraussichtliche Zuschussbedarf im Vergleich zum Vorjahr nahezu unverändert dar.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Unterhalt				
Gesamtzahl der UVG-Fälle	Anz.	422	980	1.100
- davon Heranziehungsfälle Unterhaltspflichtige	Anz.	0	580	585
- davon Leistungsfälle	Anz.	422	400	415
Vollzeitstellen	Anz.	2,19	2,59	2,09

Erläuterungen zu den Leistungen

Erstmals wurde die Anzahl der Rückforderungen von zu Unrecht gezahlten Unterhaltsvorschussleistungen in die Leistungsdaten aufgenommen. Dadurch erhöht sich die Gesamtzahl der Fälle. Anspruch auf Unterhaltsvorschuss oder -ausfallleistungen hat, wer das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, im Geltungsbereich des Gesetzes bei einem seiner Elternteile lebt, der ledig, verwitwet oder geschieden ist oder von seinem Ehegatten oder Lebenspartner dauernd getrennt lebt und nicht regelmäßig Unterhalt von dem anderen Elternteil erhält. Die Bewilligung erfolgt auf Antrag des Elternteils, bei dem das Kind lebt.

An den Aufwendungen beteiligen sich der Bund und das Land mit 46,667 v. H. Die Stadt Monheim am Rhein muss 53,333 v. H. als eigene Transferleistung aufbringen. Dem Bund und das Land ist aus den Erträgen durch Heranziehung der Unterhaltspflichten gemäß Unterhaltsvorschussgesetz jährlich ein Betrag in identischer prozentualer Relation zu erstatten.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Unterhalt				
Erträge aus geltend gemachten Ansprüchen von Unterhaltspflichtigen	Anz.	4.364	92.000	92.000
Erträge aus Erstattungen des Landes nach dem UVG	Anz.	337.230	350.000	350.000
Aufwendungen für Leistungen an Anspruchsberechtigte nach dem UVG	Anz.	665.108	730.000	730.000
UVG-Fälle je Vollzeitstelle	Anz.	193	378	526

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	42.150,50	20.200	20.200	20.200	20.200	20.200
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	727,60	2.500	2.500	2.500	2.500	2.500
7 + Sonstige ordentliche Erträge	271,94	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	43.150,04	22.700	22.700	22.700	22.700	22.700
11 - Personalaufwendungen	1.596.430,06	1.389.070	1.613.170	1.691.580	1.661.310	1.690.810
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	145.068,72	118.400	109.330	112.000	112.800	114.300
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.130,85	151.500	151.500	151.500	151.500	151.500
17 = Ordentliche Aufwendungen	1.856.629,63	1.658.970	1.874.000	1.955.080	1.925.610	1.956.610
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-1.813.479,59	-1.636.270	-1.851.300	-1.932.380	-1.902.910	-1.933.910
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	98.210,00	98.210	98.210	98.210	98.210	98.210
29 = Ergebnis	-1.911.689,59	-1.734.480	-1.949.510	-2.030.590	-2.001.120	-2.032.120

Produktleistungen

Feuerwehr

Abwehrender und vorbeugender Brandschutz
 Bekämpfung von Schadfeuern
 Technische Hilfeleistungen bei
 - Unglücksfällen
 - öffentlichen Notständen
 - Naturereignissen
 - Explosionen
 - Katastrophen

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
 Besucherinnen und Besucher
 Hilfe suchende und hilfebedürftige Menschen

Fortsetzung Produktleistungen

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren
 Brandschauen
 Gestellung von Brandsicherheitswachen
 Brandschutzerziehung und -aufklärung

Produktlerläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen steigen von 1.389.070 € um 224.100 € auf 1.613.170 €. Dies ist insbesondere zurückzuführen auf die im Haushalt 2012 nicht geplanten Aufwendungen für Mehrschichten und dem Dienst zu ungünstigen Zeiten für die Feuerwehrbeamten in Höhe von 93.700 €, der erstmaligen Einstellung der leistungsorientierten Entgelte für Beamte in Höhe von 17.000 €, der Beförderung von Feuerwehrbeamten sowie durch die Erhöhung der Besoldungen für 4 Brandmeisteranwärter nach Beendigung der erfolgreichen Ausbildung.
 Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen wurden Ansätze bei den KFZ-Betriebskosten, der KFZ-Versicherung sowie die Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens erhöht. In 2012 sind letztmalig 15.000 € für die Fertigstellung des Brandschutzbedarfsplans veranschlagt.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Feuerwehr				
Einsätze insgesamt	Anz.	974	972	977
- davon Fehlalarmierungen	Anz.	129	130	135
- davon Brandeinsätze	Anz.	296	285	285
- davon technische Hilfeleistungen	Anz.	549	557	557
Mitglieder in der freiwilligen Feuerwehr	Anz.	134	133	134
Mitglieder in der Jugendfeuerwehr	Anz.	26	26	26
Beteiligung bei bauaufsichtlichen Verfahren	Anz.	35	96	36
Beteiligung Sicherheitskonzepte	Anz.	7	32	6
Brandschauen / Nachschauen	Anz.	112	96	96
Brandsicherheitswachen bei Veranstaltungen	Anz.	33	32	32
Brandschutztechnische Beratung vor Ort	Anz.	69	120	120
Brandschutztechnische Beratung fernmündlich	Anz.	133	180	240
Brandschutzerziehung / -unterweisung	Pers.	566	515	515
Schulalarm	Anz.	7	13	12
Vollzeitstellen	Anz.	26,11	27,00	28,83

Erläuterungen zu den Leistungen

Die Gemeinden unterhalten gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW (FSHG NW) den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehren, um Schadenfeuer zu bekämpfen sowie bei Unglücksfällen und bei solchen öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten, die durch Naturereignisse, Explosionen oder ähnliche Vorkommnisse verursacht werden. Die Gemeinden treffen ferner Maßnahmen zur Verhütung von Bränden.

Umsetzung der Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes 2012

Ziel ist die Sicherstellung eines qualifizierten Brandschutzes im Stadtgebiet zu allen Tages- und Nachtzeiten. Der Brandschutzbedarfsplan wurde im Jahre 2002 vom Rat beschlossen und im Jahr 2012 fortgeschrieben. Die Umsetzung der aus der Fortschreibung resultierenden Maßnahmen, die vom Rat beschlossen wurden, sind nun sukzessive umzusetzen.

Personal

Seit der Verabschiedung des Brandschutzplanes im Jahre 2002 sind planmäßig täglich - rund um die Uhr - 6 Funktionen im Brandschutz und 2 Funktionen im Rettungsdienst in der Feuer- und Rettungswache im Dienst. Hinzu kommt die Funktion des Einsatzleiters in Rufbereitschaft (BVE-Dienst). Somit wird die Mindestpersonalstärke im Einsatzdienst nach Landesvorgabe und Vorgabe der Aufsichtsbehörde eingehalten. In 2011 wurde die Brandschutzdienststelle zur orts- und zeitnahen Bearbeitung von Aufgaben im Vorbeugenden Brandschutz (Brandschutztechnische Stellungnahmen im Baugenehmigungsverfahren) eingerichtet. Eine derzeit nicht besetzte Stelle im Vorbeugenden Brandschutz (Brandschau) sowie zwei weitere Stellen im Tagesdienst (Stelle zur Förderung des Ehrenamtes/Jugendfeuerwehr bzw. Verwaltung) sollen kurzfristig besetzt werden. Die Besetzung dieser Stellen ist laut Brandschutzbedarfsplan auch zur Erreichung der Schutzziele (1. Hilfsfrist tagsüber) notwendig.

Baumaßnahmen

Die im aktuell beschlossenen Brandschutzbedarfsplan festgestellten Defizite bei der Raumversorgung werden im Rahmen einer Bedarfsplanung aufgegriffen und Lösungsansätze im Laufe des Haushaltsjahres vorgestellt.

Stärkung der Freiwilligen Feuerwehr und der Jugendfeuerwehr

In 2013 erfolgt eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit mit dem Ziel, neue Kräfte dauerhaft für die Freiwillige Feuerwehr und für die Jugendfeuerwehr zu gewinnen und zu qualifizieren. Hierfür ist zwingend die zuvor genannte Stelle erforderlich. Eine unabhängige Befragung der freiwilligen und hauptamtlichen Feuerwehrkräfte ist erfolgt. Daraus resultierende Maßnahmen werden den Ratsgremien zeitnah vorgestellt.

Ersatzbeschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges für die Feuerwehr

Das vorhandene und vom Löschzug Baumberg der Freiwilligen Feuerwehr eingesetzte Löschgruppenfahrzeug LF 8 stammt aus dem Jahr 1993 und muss nach 20-jähriger Laufzeit ersetzt werden. Durch eine Normänderung wird dieser Fahrzeugtyp durch ein LF 10 ersetzt. Dadurch ergeben sich erhöhte Anforderungen an das Fahrgestell und an den Aufbau. Ein Teil der vorhandenen Beladung wird auf dem neuen Fahrzeug weiterverwendet, um die Kosten möglichst gering zu halten. Die Nutzungszeit des vorhandenen LF ist gemäß der vom Rat beschlossenen Fortschreibung des Brandschutzbedarfsplanes auf 20 Jahre festgelegt worden. Diese beruht auf der Empfehlung des unabhängigen Gutachters, der den Brandschutzbedarfsplan fortgeschrieben hat. Die Ersatzbeschaffung ist Teil der konsequenten Umsetzung des Brandschutzbedarfsplanes. Die Maßnahme ist gem. § 1 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz für die Pflichtaufgabe Feuerschutz unabweisbar und ist im Haushalt 2013 mit 350.000 € im Teilfinanzplan B veranschlagt.

Beteiligung im bauaufsichtlichen Verfahren

Seit Mai 2011 hat die Feuerwehr die Aufgabe der Brandschutzdienststelle gem. § 5 Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW (FSHG NW) vom Kreis Mettmann übernommen und wird seitdem im Baugenehmigungsverfahren neben den Aufgaben der Brandschau im Rahmen der brandschutztechnischen Stellungnahme beteiligt.

Beteiligung Sicherheitskonzepte

Nach der Loveparade in Duisburg wurde durch Erlass des Innenministeriums verfügt, dass die Feuerwehren bei der Erstellung von Sicherheitskonzepten bei Großveranstaltungen zu beteiligen sind.

Brandschutztechnische Beratung vor Ort

Seit der Übernahme der Aufgabe der Brandschutzdienststelle werden Beratungen vor Ort für Architekten, Bauherren und Betreiber durchgeführt.

Brandschutztechnische Beratung fernmündlich

Seit der Übernahme der Aufgabe der Brandschutzdienststelle werden fernmündliche Beratungen für Architekten, Bauherren und Betreiber durchgeführt.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Feuerwehr				
Erträge aus Brandsicherheitswachen, Brandschauen und kostenpflichtigen Einsätzen	€	42.130	20.200	20.200
Aufwendungen für KFZ-Betriebskosten und -Versicherungen	€	48.707	71.500	76.500
Aufwendungen für die Unterhaltung der Feuermelde- und Nachrichtenanlage	€	0	30.900	31.830
Sonstige Personalaufwendungen für Angehörige der freiwilligen Feuerwehr	€	19.524	37.300	37.300
Beiträge zu Feuerwehrverbänden	€	6.640	33.200	33.200
Festwerte für Dienstkleidung	€	35.602	45.000	45.000
Festwerte für Feuerwehrschräuche	€	916	6.000	6.000
Quote Fehlalarmierungen an Einsätzen insgesamt	%	13,24	13,37	13,82

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	930.828,78	925.000	950.000	975.000	1.000.000	1.000.000
7 + Sonstige ordentliche Erträge	79,11	0	0	0	0	0
10 = Ordentliche Erträge	930.907,89	925.000	950.000	975.000	1.000.000	1.000.000
11 - Personalaufwendungen	728.905,14	675.830	794.160	743.810	730.460	747.090
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	135.541,26	112.250	113.550	114.350	114.350	114.350
15 - Transferaufwendungen	103.241,76	125.000	126.000	126.000	126.000	126.000
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	21.538,79	42.800	43.300	35.300	35.300	35.300
17 = Ordentliche Aufwendungen	989.226,95	955.880	1.077.010	1.019.460	1.006.110	1.022.740
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	-58.319,06	-30.880	-127.010	-44.460	-6.110	-22.740
28 - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen	101.290,00	101.290	101.290	101.290	101.290	101.290
29 = Ergebnis	-159.609,06	-132.170	-228.300	-145.750	-107.400	-124.030

Produktleistungen

Notfallrettung

Lebensrettende Maßnahmen am Notfallort bei Notfallpatienten
Herstellung der Transportfähigkeit
Transport in ein geeignetes Krankenhaus

Zielgruppen

Einwohnerinnen und Einwohner
Besucherinnen und Besucher
Hilfe suchende und hilfebedürftige Menschen

Fortsetzung Produktleistungen

Krankentransport

Fachgerechte Hilfe leisten
Unter Betreuung durch qualifiziertes Personal mit Krankenkraftwagen befördern

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Die Personalaufwendungen steigen von 675.830 € um 118.330 € auf 794.160 €. Dies ist insbesondere auf die im Haushalt 2012 nicht geplanten Aufwendungen für Mehrschichten und dem Dienst zu ungünstigen Zeiten für die Feuerwehrbeamten in Höhe von 51.000 €, der erstmaligen Veranschlagung der leistungsorientierten Entgelte für Beamte in Höhe von 8.000 €, der Beförderung von Feuerwehrbeamten sowie durch die Erhöhung der Besoldungen für 4 Brandmeisteranwärter nach Beendigung der erfolgreichen Ausbildung. Darüber hinaus wurden zwei zusätzliche Rettungsassistenten und ein Praktikant eingestellt.

Der Zuschussbedarf erhöht sich im Jahr 2013 um 96.130 €. Dem Anstieg der Personalaufwendungen stehen steigende Rettungsdienstgebühren gegenüber.

Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Rettungsdienst				
Einsätze insgesamt	Anz.	4.362	4.541	4.512
- davon Rettungstransporte	Anz.	2.065	2.100	2.090
- davon Krankentransporte	Anz.	1.992	2.200	2.176
- davon sonstige Einsätze	Anz.	200	169	150
- davon Brandbegleitungsfahrten	Anz.	57	36	48
- davon Fehlalarmierungen	Anz.	48	36	48
Vollzeitstellen	Anz.	12,69	13,06	17,14

Erläuterungen zu den Leistungen

Der Rettungsdienst hat gem. § 2 Rettungsgesetz NRW (RettG NRW) die Aufgabe, bei Notfallpatientinnen und -patienten lebensrettende Maßnahmen am Notfallort durchzuführen, deren Transportfähigkeit herzustellen und sie unter Aufrechterhaltung der Transportfähigkeit und Vermeidung weiterer Schäden mit Notarzt- oder Rettungswagen oder Luftfahrzeugen in ein für die weitere Versorgung geeignetes Krankenhaus zu befördern. Notfallpatientinnen und Notfallpatienten sind Personen, die sich infolge Verletzung, Krankheit oder sonstiger Umstände entweder in Lebensgefahr befinden oder bei denen schwere gesundheitliche Schäden zu befürchten sind, wenn sie nicht unverzüglich medizinische Hilfe erhalten.

Der Krankentransport hat die Aufgabe, Kranken oder Verletzten oder sonstigen hilfsbedürftigen Personen, die nicht unter Absatz 1 fallen, fachgerechte Hilfe zu leisten und sie unter Betreuung durch qualifiziertes Personal mit Krankenkraftwagen zu befördern. Hinzu kommt teilweise die Aufgabe der Zwangseinweisung nach PsychKG.

Nach Vorgabe der Aufsichtsbehörde wurde zur schnellstmöglichen Sicherstellung des Brandschutzes die Pflichtaufgabe des Krankentransportes an eine Hilfsorganisation (Malteser Hilfsdienst – zum 1.11.2003) übertragen.

Aufgrund der demografischen Entwicklung wird mit einer kontinuierlichen Steigerung der Rettungsdiensteinsätze und Krankentransporte gerechnet. Dadurch erhöhen sich Einsatzzahlen und Aufwendungen, denen höhere Erträge gegenüber stehen.

Kennzahlen	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Rettungsdienst				
Erträge aus Gebühren für die Inanspruchnahme Rettungsdienst/Krankentransport	€	932.698	925.000	950.000
Aufwendungen für Ausbildung	€	7.435	17.500	18.000
Zuschuss an Malteserhilfsdienst für Krankentransport	€	93.123	125.000	126.000
Kostenanteil Kreisleitstelle	€	35.203	39.500	39.500
Festwerte für Dienstkleidung	€	5.321	20.000	20.000
Quote Fehlalarmierungen an Einsätzen insgesamt	%	1,10	0,79	1,06

Teilergebnisplan Ertrags- und Aufwandsarten in €	Ergebnis	Ansatz	Ansatz	Planung	Planung	Planung
	2011	2012	2013	2014	2015	2016
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0	21.000	21.000	21.000	21.000
10 = Ordentliche Erträge	0,00	0	21.000	21.000	21.000	21.000
11 - Personalaufwendungen	0,00	0	69.970	73.090	73.360	74.040
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0,00	0	30.000	0	0	0
16 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	0,00	0	47.500	47.500	47.500	47.500
17 = Ordentliche Aufwendungen	0,00	0	147.470	120.590	120.860	121.540
18 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	0,00	0	-126.470	-99.590	-99.860	-100.540

Produktleistungen

Ressort- und verwaltungsübergreifende Zusammenarbeit mit Einwohnerinnen und Einwohnern, mit verschiedenen lokalen Akteuren in Monheim am Rhein, besonders im Berliner Viertel, mit unterschiedlichen Zielrichtungen sowie Organisation, Durchführung und Nachbereitung von Veranstaltungen, Maßnahmen und Projekten.

Zielgruppen

EinwohnerInnen der Stadt Monheim am Rhein, insbesondere des Berliner Viertels
 Lokale Wirtschaft und Einzelhandel
 Träger der freien Wohlfahrtspflege (AWO, BeratungsCentrum, SKFM u.a.)Vereine

Produkterläuterung und finanzielle Entwicklung

Ab 2013 wird das Stadtteilmanagement als eigenes Produkt geführt.

Im Vorjahr wurden die Personalaufwendungen im Produkt 00 „Bereichsinterner Overhead“ veranschlagt.

Bei den ordentlichen Erträgen wird von der LEG NRW Wohnen Mieterstiftung ein Zuschuss in Höhe von 15.000 € für das Stadtteilmanagement sowie ein Zuschuss für die Durchführung des Septemberfestes 2013 in Höhe von 4.000 € erwartet. Der Verband Kölner Schausteller hat für die Durchführung des Septemberfestes 2013 einen Beitrag in Höhe von 2.000 € zugesagt.

Für die Beteiligung der Stadt Monheim am Rhein am Septemberfest sind bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen 17.000 € vorgesehen. Weitere sonstige ordentliche Aufwendungen werden im Wesentlichen für die Beteiligung am Stadtfest (ca. 6.500 €), an der Sport- und Kulturwoche (ca. 1.500 €), für die Durchführung der Ergebnisse Zukunftswerkstatt (ca. 12.000 €), für ein Kooperationsprojekt mit dem Bereich 51 / Stadtteilmanagement „ Monheimer für Kinder“ (ca. 2.000 €) und für ein Fest der Kulturen (ca. 5.000 €) bereitgestellt.

Für die Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes zur Verbesserung der Sozialstruktur im Berliner Viertel sind Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 30.000 € vorgesehen.

Bereich: 32 Ordnung und Soziales
Produkt: 12 Stadtteilmanagement



Leistungsdaten	Einh.	Ist 2011	Plan 2012	Plan 2013
Stadtteilmanagement				
Veranstaltungen	Anz.	0	0	5
Vollzeitstellen	Anz.	0,00	0,00	1,00

Erläuterungen zu den Leistungen

Die geplanten Maßnahmen und Veranstaltungen sollen verschiedene Handlungsfelder des Integrierten Handlungskonzepts (z.B. Wirtschaft/ Einzelhandel/ Integration/ Sport/ Familie) abdecken. Es werden verschiedene Akteure mobilisiert und in gesamtstädtische Aktionen eingebunden.